



Krabbenfischer in den Sundarbans. Die Mangrovenwälder im Süden Bangladeschs sind in Gefahr

Im Sumpf der Kohle

Indien wird für seine Klimapolitik gefeiert. Doch im Nachbarland Bangladesch verdient es an einem schmutzigen Geschäft mit **VON KATHARINA FINKE**

Wer auf der Suche nach dem Paradies ist, findet es im Mündungsgebiet von Brahmaputra und Ganges. Dort liegen im Grenzgebiet von Indien und Bangladesch die Sundarbans, die größten Mangrovenwälder der Welt: ein Labyrinth aus Flüssen, in denen seltene Irawadidelfine schwimmen, und Inseln, an deren Ufern wuchtige Wurzeln aus dem Schlamm ragen. Das saftgrüne Dickicht der Mangroven bietet den bedrohten bengalischen Tigern ein perfektes Revier, in den Baumkronen wimmelt es von Bienen, Pythons und über 250 Vogelarten. Teile des Sundarbans-Nationalparks wurden deshalb von der Unesco zum Weltkulturerbe erklärt.

Doch das ist nun in Gefahr. Nur wenige Kilometer außerhalb der Waldzone entsteht eines der größten Kohlekraftwerke Bangladeschs: Rampal. Darauf hatten sich die Regierungen Indiens und Bangladeschs bereits 2010 geeinigt. Zwei Jahre später gründeten die staatlichen Energieversorger – die indische National Thermal Power Corporation (NTPC) und das Bangladesh Power Development Board (BPDB) – ein Joint Venture. Nach einigen Verzögerungen hat der Bau nun begonnen.

Demonstranten gegen das Kraftwerk wurden mit Gummiknüppeln geschlagen

Mit dem Großprojekt will die Regierung Bangladeschs Energieengpässe beheben. Ihr Ziel ist es, bis 2021 alle 160 Millionen Einwohner mit Strom zu versorgen. Derzeit sind nur knapp 70 Prozent am Netz. Unterstützung bekommt das kleine südasiatische Land vom großen Nachbarn Indien. Nicht ganz uneigennützig, denn es scheint, als wolle Indien damit sein eigenes Kohleproblem auslagern. Offiziell heißt es zwar, dass die Kohle für Rampal aus Australien, Indonesien und Südafrika kommen soll. Aber da das indische Bergbauunternehmen Coal India vor einigen Monaten gegenüber Medien bestätigt hat, dass es mit den Kraftwerksbetreibern über Kohlelieferungen verhandle und eine Zugstrecke dafür bereits im Bau sei, bezweifeln das viele in Bangladesch. Auch Anu Muhammad, 60, Wirtschaftspräsident in der Hauptstadt Dhaka und Anführer der Protestbewegung gegen Rampal: »Alles spricht dafür, dass Indien einen Teil seiner Kohle in Rampal loswerden und Geld damit machen will.«

Der Strom für Bangladesch wird bislang zu über der Hälfte aus Gas und über einem Drittel aus Öl gewonnen. Erneuerbare Energien hätten in dem sonnenreichen Land zwar großes Potenzial, doch bis

zum Jahr 2030 soll die Hälfte des Stroms mit Kohle produziert werden. Heute sind es weniger als zwei Prozent. Zwar steht es dem kleinen Schwellenland seit dem Klimaabkommen von Paris 2015 auch zu, mehr Kohlenstoffdioxid als bisher auszuatmen. Doch auf der UN-Klimakonferenz in Marrakesch im vergangenen Jahr hatte sich Bangladesch eigentlich mit 47 anderen besonders vom Klimawandel betroffenen Staaten für den Ausstieg aus fossiler Energiegewinnung bis spätestens 2050 ausgesprochen. Kritiker Muhammad überrascht das nicht. »Die Regierung stimmt auf Konferenzen, wie in Paris oder Marrakesch für erneuerbare Energien, aber sobald ihre Vertreter zurück sind, machen sie das Gegenteil.«

Über Rampal sagt die Premierministerin von Bangladesch, Sheikh Hasina, dass es der Umwelt keinesfalls schaden werde. Sie beruft sich dabei auf ein Umweltgutachten. Es wurde jedoch von einer staatlichen Institution angefertigt – als die Entscheidung für den Standort längst gefallen war. Internationale Organisationen wie die Unesco und Greenpeace sowie die nationale Umweltschutzorganisation Bapa bezeichneten es daher übereinstimmend als »unzulänglich«. Sie fertigten eigene Studien an, die alle zu einem anderen Ergebnis kamen: Rampal wäre eine massive Bedrohung für die Sundarbans. Das Kraftwerk würde durch die Schadstoffe extrem zur Verschmutzung von Luft und Wasser beitragen. Der erhöhte Verkehr mit Lastschiffen voller Kohle würde den Effekt noch verstärken. Dadurch seien auch seltene Tier- und Pflanzenarten und die Mangrovenwälder gefährdet.

Die Unesco hat die Regierung Bangladeschs daher aufgerufen, das Kraftwerk an anderer Stelle zu bauen. Auch Muhammad versucht die Politiker davon zu überzeugen. 2013 organisierte der Aktivist einen Protestmarsch von Dhaka in die 200 Kilometer entfernten Sundarbans, 30.000 Menschen beteiligten sich. Drei Jahre später nahmen nur noch Hunderte an dem Marsch in die andere Richtung teil. »Neunzig Prozent der Menschen sind gegen Rampal, aber immer weniger trauen sich, das öffentlich zu sagen«, so Muhammad. Das liege daran, dass die Regierung versuche, die friedlichen Aktionen zu unterbinden. Wenn nötig gewaltsam. Journalisten und Demonstranten wurden mit Tränengas bekämpft und mit Gummiknüppeln geschlagen, auch Muhammad. Doch er lässt sich nicht unterkriegen. Obwohl er kürzlich selbst Morddrohungen erhielt, kämpft er weiter und organisierte im Januar einen globalen Protesttag, an dem sich auch Aktivisten in Berlin, London und Paris beteiligten. Außerdem rief er zu einem sogenannten Hartal auf, einem Generalstreik in Dhaka.

Ujjwal Kanti Bhattacharya sieht so was gar nicht gern. Er ist Geschäftsführer der Bangladesh-India

Friendship Power Company, dem Joint Venture der beiden staatlichen Energieversorger. »Alle, die gegen Rampal sind, haben das Projekt nicht verstanden«, sagte er den Medien. Mit denen hat er keine guten Erfahrungen gemacht, weswegen er Journalisten zwar noch Notizen beim Gespräch erlaubt, eine Tonaufnahme des Gesprächs und die Verwendung einzelner Zitate aber untersagt.

Wie ein Großteil der Angestellten kommt er aus Indien und erzählt stolz, dass das indische Unternehmen Bharat Heavy Electricals Limited den Bau des Kohlekraftwerkes übernommen hat, der bis 2020 abgeschlossen sein soll. 750 Hektar Land – eine Fläche etwa doppelt so groß wie der Englische Garten in München – würden dafür benötigt. Unter der Aufsicht von Fichtner. Das deutsche Ingenieur- und Beratungsunternehmen garantiert, dass die tech-



nischen Standards auf höchstem Niveau seien, so Bhattacharya. Fichtner selbst wollte sich auf Anfrage nicht zum Thema äußern.

Bhattacharya erklärt das Konzept mithilfe einer Präsentation, in der auch deutsche Kohlekraftwerke als Vorbild für Rampal dienen. Sie trägt den Titel *From Swamp to Oasis* – »Vom Sumpf zur Oase«. Die Bewohner der Sundarbans würden den Slogan wohl eher umgekehrt formulieren. Denn um das Kohlekraftwerk in dem schlammigen Areal überhaupt bauen zu können, muss erst einmal fester Untergrund aufgeschüttet werden. Schon jetzt saugen Spezialschiffe dafür 30.000 Tonnen Sand aus dem angrenzenden Fluss Passur. Die Folge: Erosion, die mit bloßem Auge zu erkennen ist. Böschungen brechen weg, viele Häuser wurden bereits zerstört, Tausende Bewohner mussten weichen. Salma Begun ist eine von ihnen. Die 40-Jährige und ihre Familie wurden von der Regierung aus den Sundarbans in ein Camp am Rande der Mangrovenwälder umgesiedelt.

»Es gab keinerlei Kompensation«, sagt sie. Nun sollen die zwanzig Wellblechhütten bald auch noch der Zugstrecke für den Kohletransport weichen. Begun könnte nicht nur obdachlos, sondern auch arbeitslos werden. Denn als Landwirtin ist sie auf eine intakte Umwelt angewiesen. Doch die ist durch den Bau und den Betrieb des Kraftwerks gefährdet.

»Bangladesch braucht Energie, aber nicht auf Kosten von Menschen und Umwelt«, mahnt Sultana Kamal. Die Menschenrechtsanwältin, 65 Jahre alt, ist eine elegante Erscheinung. Sie wuchs in Dhaka mit der heutigen Premierministerin Sheikh Hasina auf. Doch seit der Entscheidung für Rampal reden beide kein Wort mehr miteinander. Kamal glaubt, dass ihre Jugendfreundin unter großem Druck aus Indien steht. Dort dürfte Rampal gar nicht gebaut werden, da laut indischem Gesetz Kraftwerke aus Naturschutzgründen mindestens 25 Kilometer von Wäldern entfernt sein müssen. Doch weil Indien Bangladesch 1971 bei der Unabhängigkeit von Pakistan unterstützt habe, versuche der Subkontinent das nun wirtschaftlich auszunutzen, so Kamal. Ihre Kritik am Vorgehen des Nachbarstaates bekommt sie inzwischen auch persönlich zu spüren: Kamals Indien-Visum wurde abgelehnt. Ihre einzige Erklärung dafür: Sie ist Vorsitzende des National Committee for Saving the Sundarbans. Dieser Zusammenschluss aus 50 bangladeschischen Organisationen hatte in einem Umweltbericht darauf hingewiesen, dass Indiens staatliches Energieunternehmen NTPC bekannt dafür sei, Umweltgesetze zu umgehen, und Bangladeschs Gegenstück BPDB bekannt für Korruption sei.

In der Tat setzt Indien alles daran, um seinem guten Ruf nicht zu schaden. Auch um die wirtschaftliche Partnerschaft mit Deutschland weiter zu vertiefen. Bundeskanzlerin Angela Merkel und der indische Premierminister Narendra Modi vereinbarten bei den diesjährigen deutsch-indischen Regierungskonsultationen, dass Indien – eines der am schnellsten wachsenden Schwellenländer – für Entwicklungszwecke pro Jahr eine Milliarde Euro von Deutschland erhalte. Zu verdanken hat der Subkontinent dies seinem Image als »Klima-Star«, weil er in Paris die Reduzierung von Treibhausgasen (35 Prozent) und den Ausbau von erneuerbaren Energien (40 Prozent Anteil am Strommix) bis 2030 zusicherte. So sagte Merkel bei den Konsultationen in Berlin: »Ich freue mich, dass Indien das Pariser Abkommen sehr intensiv und engagiert umsetzt.« Aber scheinbar nur im eigenen Land. In Bangladesch will es mitverdienen an der dreieckigen Kohle.

Das versucht Sultana Kamal den Regierungsvertretern näherzubringen. Sie beruft sich auf Mujibur Rahman, den Staatsgründer Bangladeschs und Vater der heutigen Premierministerin, und sagt: »Die Sun-

darbans wurden von der Natur erschaffen, um Bangladesch zu schützen, und wenn wir sie nicht schützen, wird Dhaka unter Wasser stehen.« Zahlreiche andere Quellen prognostizieren den Anstieg des Meeresspiegels, was insbesondere für Bangladesch, das ohnehin von Überschwemmungen und Zyklonen heimgesucht wird, noch viel gefährlicher werden könnte. Deshalb müsste gerade die bangladeschische Regierung ein großes Interesse daran haben, dem Klimawandel zu begegnen, anstatt ihn durch Kohlestrom zu beschleunigen. Doch stattdessen diffamiert sie ähnlich wie Indien Kritiker als »Entwicklungsgegner«. Premierministerin Hasina verteidigt Rampal als alternativlos: Kohle sei die beste Option, weil erneuerbare Energien zu teuer wären und zu viel Platz in Anspruch nehmen würden, den das kleine und dicht besiedelte Land ohnehin nicht habe.

Zu den Nutznießerin des Projekts gehört indirekt auch die Deutsche Bank

»Doch am meisten profitiert Indien«, so Kritiker Anu Muhammad. Zwar teilen sich die beiden am Projekt beteiligten Energieversorger den Gewinn zur Hälfte. Aber nicht nur das Unternehmen, welches das Kraftwerk baut, stammt aus Indien, sondern auch die Exim-Bank, die es finanziert. Um die Gesamtkosten von 1,6 Milliarden Dollar aufzubringen, ist sie auf internationale Investoren angewiesen. Es gibt also weitere Nutznießer. Erwa die Deutsche Bank, die zwar zugesichert hat, den Bau des Kohlekraftwerkes am Rande der Sundarbans nicht direkt zu finanzieren. Doch da sie am indischen Energieversorger NTPC beteiligt ist, wird sie indirekt profitieren. Doch nicht alle Unternehmen stellen ihren Profit über Umweltfolgen. Französische Banken zogen nach dem Klimagipfel 2015 in Paris ihre Kreditzusagen für das Projekt zurück, der norwegische Pensionsfonds tat es ihnen gleich. Im Dezember 2016 strich er – ausdrücklich wegen Rampal – auch noch das indische Bauunternehmen BHEL aus seinem Portfolio.

»Indien übernimmt keine Verantwortung für die Kosten von Rampal«, so Aktivistin Kamal. »Indien muss entlarvt werden«, sagt auch Protestführer Anu Muhammad. »Die Strompreise werden steigen und die Menschen leiden, vor allem sind aber Tiere, Natur und das Klima bedroht.«

Mitarbeit: David Weyand

Die Recherchen für diese Geschichte wurden durch ein Stipendium der gemeinnützigen Olin GmbH gefördert und durch die Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche betreut